

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2010 6.914,19 Punkte
31.03.2011 7.041,31 Punkte (+ 1,84%)



- ✓ Die 30 DAX Unternehmen verzeichneten in 2010 Rekordgewinne. Die Umsätze stiegen um 13%, die Gewinne um 66%. Sie lagen damit um 20% höher als in 2008. In Relation dazu verzeichnete der DAX einen unterdurchschnittlichen Anstieg von 16% im letzten Jahr, der erst im letzten Quartal realisiert werden konnte. Aus Bewertungssicht bleiben Aktien günstig
- ✓ Selbst das Sorgenkind Deutsche Telekom kann sich nach dem Verkauf der US Mobilfunksparte wieder besser in Szene setzen
- ✓ Deutsche Anleger bleiben vorsichtig – erst recht nach der Katastrophe in Japan. Im letzten Jahr haben von den wenigen Anlegern, die Geld in Aktien investiert haben, weitere 15% den Rückzug angetreten
- ✓ Das Geldvermögen der Bundesbürger ist um 4,7% (1,2% Verzinsung plus 3,5% Sparleistung) auf 4.88 Bio. Euro angewachsen
- ✓ Die Konjunktur ist mit großem Schwung ins neue Jahr gestartet, Brüderle hat die Wachstumsprognose für 2011 von 1,5% auf 2,3% angehoben. Die deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) erwartet sogar ein Wachstum von 3%.

- Die Neuverschuldungsquote könnte wegen der verbesserten Einnahmesituation unter die 3% Marke fallen
- ✓ Das Vorkrisenproduktionsniveau dürfte im Laufe des Jahres wieder überschritten werden. Beispiel Maschinenbau: Aus der Kurzarbeit direkter Sprung in Überstunden und Wochenendschichten. Die Kapazitätsauslastung ist auf hohe 92% angestiegen. Nach einer langen Durststrecke wird mit einem Investitionsschub gerechnet
- ✓ Die Angst der Bürger ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ist deutlich gesunken - von 45% der Befragten im letzten Jahr auf nun 34%
- ✓ Demokratie funktioniert: Die schlechte Politik der Regierung führte bei den Landtagswahlen zu einem politischen Erdbeben. Es wurde ein deutlicher Anstieg bei der Wahlbeteiligung verzeichnet. Weniger klare Mehrheitsverhältnisse sind kein Nachteil in einer Demokratie. Die Kontrolle der Macht funktioniert in der Regel besser
- ✓ Eine Wormser Firma stellt ein Verfahren zur Umwandlung von regenerativ erzeugtem Strom in speicherfähiges Erdgas vor. Das Verfahren könnte bereits 2012 in Serie gehen

- Das Vertrauen in die Politik dürfte auf Tiefstwerte gesunken sein (Guttenberg, Atomdebatte etc.)
- Nach dem abrupten Wechsel in der Energiepolitik verbleiben viele Fragen und Unsicherheiten
- Das Anlageverhalten der Deutschen entspricht nicht dem erreichten Wohlstandsniveau. Eine überwiegende Mehrheit verlangt nach „absoluter Sicherheit“
- Es ist bisher noch keiner Regierung gelungen, die Subventionen zu kürzen. Seriösen Berechnungen zu Folge belaufen sich diese auf 163 Mrd. Euro jährlich
- Das Vertrauen in die Europäische Union ist deutlich gesunken. Votierten vor 5 Jahren noch 61% für Europa, aktuell sind es nur noch 41% der Befragten
- Bundespräsident Weber zieht sich überraschend aus seinem Amt zurück. Er galt als Wunschkandidat für den Posten des Präsidenten der europäischen Zentralbank. Weber galt als Kritiker der expansiven Geldpolitik zur Dämpfung der Folgen der Finanzkrise. Er plädierte für eine Umschuldung (Zinsverzicht, Laufzeitverlängerung) in Europa. Damit nahm er eine Minderheitsposition ein
- Der Bund verliert seine Stille Einlage bei der West LB von 3 Mrd. Euro. Die Sanierung schwebt weiter im Ungewissen
- Die Commerzbank sieht sich außer Stande die Stille Einlage des Bundes in Höhe von 16 Mrd. Euro zu verzinsen
- Für die Auslagerung fauler Wertpapiere der West LB und der Hypo Real Estate in sogenannte „Bad Banks“ bürgt der Bund für 220 Mrd. Euro. Dies entspricht der deutschen Haftungssumme für den europäischen Rettungsschirm
- Im 2. Halbjahr 2010 sind die Forderungen deutscher Banken und Versicherungen gegenüber Griechenland, Portugal, Irland und Spanien um 11% auf 539 Mrd. Euro angestiegen

Deutsche Anleihen (REX P)

31.12.2010 390,67 Punkte
31.3.2011 382,11 Punkte (- 2,19%)

- ✓ Die relative Attraktivität deutscher Bundesanleihen ist im Vergleich zu USA und Gesamteuropa weiter gestiegen. Dies hat eine stetige Nachfrage nach sicher geltenden Bundesanleihen zur Folge
- ✓ Die globalen Inflationserwartungen sind zwar angestiegen, aber wichtige Inflationsfrühindikatoren wie das Geldmengen- und Kreditwachstum befinden sich in Europa und Amerika auf immer noch sehr niedrigem Niveau
- ✓ Nach den neuen europäischen Regularisierungsaufgaben für Versicherer (Solvency II) werden Versicherer noch stärker als bisher als Käufer von Anleihen auftreten
- ✓ China bekennt sich zu europäischen Anleihen und zum Euro. Es besitzt beispielsweise mehr als 10% der spanischen Anleihen
- Die Zinsen haben seit September 2010 eine 100% Kehrtwende gemacht. Aufgrund der Eurokrise, der immer noch nicht entspannten Situation bei den Banken und der schleppenden wirtschaftlichen Erholung in USA standen bis weit in 2010 Deflationsbefürchtungen im Vordergrund. Erst durch die Ankündigung einer expliziten Inflationspolitik der US Notenbank (Fed) änderten sich die Zinserwartungen. Nach einem Zinstief von 2,1% für 10 jährige Bundesanleihen verzinsen sich diese nun mit 3,25%



- Die Sätze am Geldmarkt befinden sich mit 0,75% immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Eine erste Zinsanhebung der EZB wird für April erwartet

- Da viele Gelder kurzfristig angelegt sind, hat der Prozess des Kaufkraftverlustes begonnen, da die offizielle Inflationsrate mittlerweile über 2% liegt
- Die Haushaltsrisiken des Bundes steigen: Banken und Euro-Rettung kommen teurer als erwartet. Die kalkulierten Einnahmen in Mrd. Höhe wegen der Laufzeitverlängerung nach dem Wechsel der Energiepolitik der Atomkraftwerke werden nun fehlen

Europäische Aktien (Euro Stoxx 50 Index)

31.12.2010 2.807,04 Punkte
 31.03.2011 2.910,91 Punkte (+ 3,70%)



- ✓ Die langfristig angelegten Schutzmechanismen zur Stabilisierung des Euros und seiner teilweise hochverschuldeten Mitgliedsländer wurden mit breiter EU Mehrheit Ende März verabschiedet. Neben Griechenland und Irland dürfte als nächstes Portugal unter dem Schirm Schutz suchen. Die Finanzierungsbedingungen für Spanien und Italien haben sich wieder verbessert. Die Märkte erwarten hier keine negativen Überraschungen. Spanien erhält offensichtlich Hilfe von China und Katar. China bekennt sich zur Zukunft des Euro
- ✓ Der europäische Einkaufsmanagerindex der Industrie konnte sich seit Jahresanfang deutlich verbessern. Dieser gilt als zuverlässiger konjunktureller Frühindikator
- ✓ Nach der Finanzkrise kam es zu einer Kontraktion der Geld- und Kreditmenge in Europa. In der Zwischenzeit steigt die in Umlauf befindliche Geldmenge wieder an. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, die Folgen der Finanzkrise hinter sich zu lassen

- ✓ Die Immobilienmärkte in Europa stabilisieren sich. In Spanien wurde ein 12 Quartale andauernder Preisverfall auf niedrigem Niveau gestoppt

- Eine durchaus von den Märkten erwartete Umschuldung von Griechenland ist zunächst vom Tisch. Mit dem vergrößerten Rettungsschirm glaubt die EU, die Probleme in den Griff zu bekommen. Sie wählt dabei offensichtlich den Weg des geringsten Widerstandes. Die an den Kreditmärkten gehandelten Prämien für Kreditversicherungen signalisieren für Griechenland eine Ausfallwahrscheinlichkeit von 58% und eine Rückzahlungsquote von 40%
- Auch bei den neuen Stresstests für die wichtigsten europäischen Banken wird das Ausfallrisiko europäischer Staatsanleihen ausgeklammert. Der Wert solcher Berechnungen ist daher sehr fragwürdig. Die aufgeblähten Verschuldungen europäischer Staaten dürften zum Großteil als Forderungen in den Bankbilanzen gelandet sein. Bis gut vor einem Jahr galten europäische Staatsanleihen auch unter aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten als ausfallsicher. Die Hinterlegung mit Eigenkapital war nicht erforderlich. Mit dem Ausbruch der Finanzkrise können sich Banken fast zu Nullkonditionen bei der EZB refinanzieren. Die Wiederanlage in europäische Staatsanleihen war lange Zeit sehr attraktiv
- Ein Schuldenschnitt würde auch die EZB treffen, die gezwungen war, zur Marktstabilisierung als Käufer von Staatsanleihen von Griechenland, Irland und Portugal am aufzutreten
- Europa kann sich nicht auf verbindliche Regeln zur Reduzierung der Schulden einigen. Der beschlossene „Pakt für den Euro“ dürfte wenig Wirkung entfalten. Es bestehen geringe Sanktionsmöglichkeiten gegen Defizitländer
- Die Tür zu einer von vielen Deutschen befürchteten Transferunion wurde weit aufgestoßen
- Für die Großbanken in Irland, die Sparkassen in Spanien und für die Landesbanken in Deutschland müssen Lösungen gefunden werden. Sie müssen entweder von der öffentlichen Hand rekapitalisiert oder geordnet abgewickelt werden
- Europa ist von den Unruhen in Afrika und dem Mittleren Osten unmittelbar betroffen (Flüchtlinge, Öl). In Bezug auf Libyen gelang es Europa nicht, ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden
- Die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa laufen weiter auseinander. Großbritannien sieht sich in der Zwischenzeit einer hohen Inflation von 4% ausgesetzt, während in Griechenland, Irland und Portugal die Preise sinken. Unter diesen Umständen kann die EZB keine ausgewogene Geldpolitik betreiben
- Die Energiefrage stellt auch Europa vor große Herausforderungen: Frankreich bezieht 80% seiner Energie aus Kernkraft
- Beispiel für staatliche Fehlreize: In den Niederlanden dürfen Besserverdienende Hypothekenzinsen von der Steuer absetzen. Folge: Viele vermögende Holländer haben mit viel Kredit zu teure Immobilien erworben. Die Folgen dürften jedoch weniger gravierend sein, da es sich nicht um eine „Subprime“ sondern um eine „Primekrise“ handelt

Der US-Dollar (USD)

31.12.2010 1,3383 US\$ je Euro
 31.03.2011 1,4154 US\$ je Euro (- 5,76%)

- ✓ In USA wird ein schuldenfinanziertes Wachstum erzeugt. Die Schätzungen gehen Richtung 4% für 2011. Da dieses Wachstum höher ist als in Europa, spräche dieses Argument für einen festeren USD gegenüber dem Euro. (Es handelt sich aber um eine vordergründiges Argument. Durch die lasche Geld- und expansive Schuldenpolitik läuft der USD Gefahr, im Inneren ausgehöhlt zu werden)
- ✓ Auch die Amerikaner stehen vor einer geldpolitischen Wende. Das Aufkaufprogramm für heimische Staatsanleihen über 600 Mrd. wird im Sommer auslaufen. Die Märkte erwarten für USA steigende Zinsen. Dies könnte den USD attraktiver machen
- ✓ Durch die Erdbebenkatastrophe ist die Lage an den Devisenmärkten unübersichtlich geworden. Wegen des notwendigen Wiederaufbaus in Japan kam es zu einer Nachfrage nach Yen. Auslandsguthaben der Japaner wurden zurückgeholt. Die daraus folgende Yen Aufwertung liegt aber nicht im wirtschaftlichen Interesse Japans als Exportnation. Am 18.03. kam es zu einer konzertierten Aktion der führenden Notenbanken, um den Yen abzuschwächen. Davon profitierte der USD



- China stellt graduelle Yuan Aufwertung in Aussicht. Dies ist eine Forderung, die insbesondere von den Amerikanern gestellt wird. Eine Abwertung des USD ist also politisch gewünscht. Es ist ein erklärtes Ziel der Obama Regierung, eine Exportoffensive zu starten. Eine generelle Abwertung des USD

sprache für einen stärkeren Euro. Ging man noch weit bis in 2010 von einer Schwäche des Euro aus, so hat sich das Bild in der Zwischenzeit gewandelt. Trotz schwebender Eurokrise hat der Euro zu Stärke gefunden. Da die Verschuldungsprobleme in Amerika bei nüchterner Betrachtung als noch gravierender als in Europa anzusehen sind, spricht vieles für eine fortdauernde USD Schwäche. Über kurz oder lang wird der USD seine Stellung als Weltleitwährung verlieren. Aber weder der Euro, noch weniger der Yen, bieten sich jedoch als Alternativen an

- US Finanzminister Geithner lobt den Reformkurs in Europa und sieht Fortschritte. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Abwertung des USD offensichtlich politisch gewünscht ist
- Von der EZB wird bereits im April eine erste Leitzinserhöhung von 1 auf 1,25% erwartet. Durch die Zinserhöhung gewinnt der Euro gegenüber dem USD und anderen Währungen an Attraktivität

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2010 1.257,88 Punkt
31.03.2011 1.325,83 Punkte (+ 5,40%)

- ✓ Die Anzahl der neu geschaffenen Stellen hat sich stabilisiert und steigt nun wieder an. Für eine Entwarnung am Arbeitsmarkt ist es jedoch noch zu früh
- ✓ Wo könnten die Amerikaner sparen, um ihre Verschuldung zu reduzieren? Vorschläge: Die Rüstungsausgaben haben sich seit 11.09.2001 verdoppelt. Im internationalen Vergleich ist die Besteuerung der Bürger relativ niedrig, insbesondere für Top-Verdiener. Benzin wird kaum besteuert. Aktuell kostet ein Liter Spirit 0,67 Euro
- ✓ Seitdem die US Notenbank (Fed) eigene Staatsanleihen aufkauft (Quantitative Easing) und damit offensichtlich eine Reinflationierungspolitik verfolgt, steigen die US Aktien. Sie profitieren auch von Umschichtungsprozessen zu Lasten von Anleihen
- ✓ Obama versucht den Schulterschluss mit der Wirtschaft. Mit Immelt, dem Chef von General Electric, wurde eine weitere kompetente Führungspersonlichkeit ins Beratungsteam berufen. USA möchte eine Exportoffensive starten. General Electric ist das führende Exportunternehmen der USA
- ✓ Das US Bankensystem dürfte international gesehen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Es hat eine breite Marktberingung bei kleinen (über 160 Konkurse) als auch bei großen Instituten (Lehman Brothers, Meryll Lynch, Bear Stearns, Washington Mutal) stattgefunden. Die von der US Regierung gestützten Banken haben ihre Verbindlichkeiten mit Zinsen wieder beglichen
- ✓ Der Stresstest für US Banken fiel überwiegend positiv aus. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise ist es den US Banken gelungen, ihre Eigenkapitalkonten um 300 Mrd. USD aufzustocken. Sie haben nun die Erlaubnis von der Fed erhalten, wieder höhere Dividenden zu zahlen
- ✓ Kommentar FAZ: „US Banken haben Krise hinter sich gelassen. Sie können nun wieder zum Wachstumsmotor der

Wirtschaft werden.“ Der Kreditzyklus dürfte damit sein Tief überschritten haben. Ein 20 Mrd. Kredit an AT&T für die Übernahme der US Mobilfunktochter der Dt. Telekom gilt als hoffnungsvolles Zeichen für die Branche

- ✓ Warren Buffett ist wieder auf Einkaufstour: „Das Elefantengewehr ist geladen und der Finger ist am Abzug“. Er sieht gerade in Amerika gute Investitionsmöglichkeiten und glaubt, dass sich die Häusermärkte binnen eines Jahres erholen werden



- Nach einer zwischenzeitlichen Erholung sinkt das US Verbrauchervertrauen. Steigende Energiekosten, immer noch schwache Immobilien- und Arbeitsmärkte nagen am Zukunftsvertrauen der Amerikaner. Der wirtschaftliche Aufschwung ist bisher enttäuschend ausgefallen
- Die Kapazitätsauslastung der US Industrie ist mit 72% immer noch sehr gering und liegt damit noch weit unter dem langjährigen Mittel von 82%
- Die politische Auseinandersetzung zwischen Rechten (Tea-Party Bewegung) und demokratischen Linken wird immer härter. Einschlägige Medien beteiligen sich massiv an der Polarisierung der politischen Lager. Eine junge Senatorin wird von einem Fanatiker niedergestochen
- Spekulativer Exzess? Goldman Sachs erwirbt einen Anteil an Facebook. Die Gesellschaft macht einen Umsatz von 2 Mrd. USD, die Goldman Sachs mit 50 Mrd. bewertet. Investoren stehen bei Goldman Schlange, um eine Zuteilung zu erhalten
- Föderalismus USA: Schwarzenegger hört nach 7 Jahren Gouverneurstätigkeit in Kalifornien auf. Die Schulden des Landes haben sich in dieser Zeit verdoppelt. Es ist unregierbar geworden. In anderen US Bundesstaaten sieht es ähnlich aus. Ohne die Unterstützung von Washington wären diese Bundesstaaten pleite

- Die laut Verfassung zulässige Höchstverschuldung wird seit geraumer Zeit immer wieder nach oben angepasst, damit der Staat seine Zahlungen nicht einstellen muss
- Durch den Kauf von Staatsanleihen ist mittlerweile die Fed größter Gläubiger der US Regierung. Große institutionelle Investorengruppen wie Pimco, eine Allianz Tochtergesellschaft, haben ihre US Staatsanleihen in der Zwischenzeit komplett verkauft

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2010 10.228,92 Punkte
31.03.2011 9.755,10 Punkte(- 4,63 %)



- ✓ Trotz der verheerenden Katastrophe ist in denen vom Erdbeben und vom Tsunami verwüsteten Gebieten keine Panik ausgebrochen. Versorgungsengpässe werden ohne Proteste hingenommen, es gibt keine Plünderungen. Auch mit der nuklearen Bedrohung geht man gelassen um. Die Nation rückt zusammen
- ✓ Es ist zu vermuten, dass der Wiederaufbau der Infrastruktur konjunkturelle Impulse auslösen wird
- ✓ Eine Welle der internationalen Hilfsbereitschaft und Solidarität erreicht Japan. Konflikte mit Russland und China treten in den Hintergrund
- ✓ In einem industriell hochtechnisierten Land wird zwangsweise zum ersten Mal Strom gespart. Die Leuchtreklamen bleiben ganz aus. Nur die Hälfte der Laternen und Aufzüge sind in Betrieb. Die Industrie verständigt sich auf Produktionsrotation,

um die Gefahr von unkontrollierten Stromausfällen zu vermeiden

- ✓ Der japanische Aktienmarkt reagierte kurz und sehr heftig und könnte damit sein Risikopotenzial ausgeschöpft haben
- Das katastrophale Erdbeben und der folgende Tsunami vom 11.03.2011 treffen eine wirtschaftlich geschwächte Nation, die ihren Platz als 2. größte Wirtschaftsnation vor Kurzem an China abgeben hat
- Die Staatsverschuldung liegt bereits jetzt bei 200% des Brutto-Inland-Produktes (BIP). Diese wird aber zu 90% von Inländern finanziert
- Nicht nur die Anzahl der Toten, nicht nur das Ausmaß unvorstellbarer Zerstörungen, sondern das außer Kontrolle geratene Atomkraftwerk Fukushima 1, lässt die besorgte Welt den Atem anhalten
- Das Ausmaß der nuklearen Verstrahlung ist noch nicht bezifferbar. Eine weitere Eskalation ist jederzeit möglich. Für die Bevölkerung in einem dicht besiedelten Land wie Japan besteht eine große Gefahr
- Die weltweit größte Metropole Tokio mit 36 Mio. Einwohnern liegt nur 240 KM von der havarierten Anlage entfernt. Ein Zusammenbruch des dortigen Immobilienmarktes würde Schockwellen auf den internationalen Kapitalmärkten auslösen
- Das Management des Kraftwerksbetreibers Tokio Electric Power (Tepco) versagt auf der ganzen Linie. Sicherheitsvorschriften wurden mit Duldung der Atomaufsicht ignoriert und mit der Bewältigung der Havarie erscheint es völlig überfordert. Die Gesellschaft gilt als gut dotiertes Auffangbecken für altgediente Parteikader. In Japan ist die Atomindustrie traditionell eng mit der Regierung verbunden

Aktien Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)

31.12.2010 **48.036,76 Punkte**
31.03.2011 **48.317,75 Punkte (+ 0,58%)**

- ✓ Chinas Devisenreserven haben sich seit 2006 auf nun 3 Bio. USD verdreifacht. An der Wirtschaftsmacht China kommt niemand mehr vorbei
- ✓ In China nutzt bereits jeder 3. das (zensierte) Internet
- ✓ Diskrepanz China: Wirtschaftsleistung Nr. 2 – beim Pro Kopf Einkommen auf Platz 97 der Weltrangliste
- ✓ China plant den Bau von 45 neuen Flughäfen – Die Touristikbranche soll ausgebaut werden
- ✓ China ist zur Selbstkritik fähig. In den vergangenen 5 Jahren waren die sozialen Fortschritte nach Meinung der Führung zu gering. Der auf dem Volkskongress verabschiedete neue Fünf-Jahresplan möchte daneben noch einen Schwerpunkt in der Inflationsbekämpfung setzen
- ✓ Russischer Ölkonzern Rosneft steigt bei dem seit der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko angeschlagenen Konzern British Petroleum (BP) ein
- ✓ Russland möchte Investitionen von Ausländern fördern und stellt hierfür einen Topf von 10 Mrd. USD zur Verfügung



- China hat Schwierigkeiten, das Wachstum zu dämpfen. Insbesondere der Einfluss auf die Provinzen ist begrenzt
- Trotz diversen Mindestreserverhöhungen, höheren Zinsen und Eigenkapitalvorschriften scheint die Kreditmenge ungebremst weiterzuwachsen
- Etwaige Unruhen in China werden im Keim erstickt
- Viele Schwellenländer leiden unter dem Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise. Dies war ein Mitauslöser für die Aufstände in Tunesien und Ägypten, die rasch auf andere Länder übergreifen haben
- Der Ausbruch der Unruhen in Afrika und im Mittleren Osten hat die Aktienmärkte unter Druck gesetzt. Die Unsicherheiten sind noch sehr hoch, siehe Libyen und Syrien

Rohstoffe & Gold

31.12.2010 **1.409,10 USD je Feinunze**
31.03.2011 **1.433,75 USD je Feinunze (+ 1,75%)**

- ✓ Öl, Gas, Kohle, Wasser, Sonne und Wind profitieren nach dem Reaktorunfall in Fukushima vom Vertrauensverlust in die Kernkraft
- ✓ Amerika ist innerhalb von 4 Jahren vom Gasimporteureur zum Exporteur geworden. Russland befürchtet eine Abkoppelung der Preisbindung an den Ölpreis
- Die Notierungen von Gold und Rohöl steigen nach den Volksaufständen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und Bahrein
- Nachdem die Banken den Edelmetallhandel (Gold, Silber) dominieren, sind sie nun dabei, ihren Anteil im Industriemetallsektor (Zinn, Alu, Kupfer) auszubauen.

Agrarrohstoffe stehen als nächstes auf der Agenda. Welchen Nutzen bringen diese Art von Geschäften?

- An der Weizenbörse in Chicago wird das 46 fache der jährlichen Erntemenge umgesetzt
- Die führenden globalen Goldproduzenten (Barrick, Newmont, Anglo) sind dazu übergegangen, einen Großteil der erwarteten Fördermengen auf Termin zu verkaufen. Sie rechnen mit Preisrückgängen
- Die Überschwemmungen in Australien führten zu einem spürbaren Anstieg der Weizen- und der Kohlepreise. Im chinesischen Weizengürtel beeinträchtigte eine Dürre die Ernte
- Welternährungskonferenz: Wasser und Nahrungsmittel können knapp werden, es wird zu viel Fleisch produziert und nachgefragt
- Die Bürger in Industrieländern geben durchschnittlich 15% ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus. In vielen Schwellenländer liegt diese Quote bei über 50%. In armen Ländern sind es 75%
- Der Baumwollpreis hat sich innerhalb von 6 Monaten verdoppelt. Er erreicht damit aber erst das bereits im 19. Jahrhundert erzielte nominale Preisniveau



Trotz sorgfältiger Recherchen übernimmt der Verfasser keine Gewähr für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen. Sie geben seine persönliche Meinung wider. (Stand 31.03.2011)

Redaktion: Michael Scheidgen
private finance e.K.

Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon: 02631/953960